

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
<b>Band:</b>	33 (1953-1954)
<b>Heft:</b>	5
<b>Artikel:</b>	Die Auswirkungen der mitteldeutschen Erhebung vom 16. und 17. Juni
<b>Autor:</b>	Driksen, Herbert v.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-160194">https://doi.org/10.5169/seals-160194</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## DIE AUSWIRKUNGEN DER MITTELDEUTSCHEN ERHEBUNG VOM 16. UND 17. JUNI

VON HERBERT v. DIRKSEN

Die Auswirkungen der Revolution in Ost-Berlin und Mitteldeutschland auf die Regierungen und die öffentliche Meinung der westlichen Welt zeichnen sich schon jetzt mit voller Deutlichkeit ab. Die leitenden Staatsmänner der westlichen Alliierten haben ihre Bewunderung und ihre Sympathie für den Mut und die Freiheitsliebe der Bewohner der Sowjetzone ausgesprochen. Führende angelsächsische Zeitungen bezeichnen den 17. Juni als den Beginn eines neuen Kapitels der Weltgeschichte und äußern die Ansicht, daß die Deutschlandpolitik der Westmächte unter ganz neuen Aspekten betrachtet werden müsse. Mit Überraschung und Erleichterung wurde festgestellt, daß der sowjetische Koloß vielleicht doch tönerne Füße habe, daß die SED-Regierung ohne die Hilfe der Sowjetdivisionen hinweggefegt worden wäre. Man erkannte auch den politischen Kern der Erhebung; zwar ausgelöst durch die wirtschaftliche Not der Lebensmittelversorgung und der Normenerhöhung, waren es doch bald die politischen Forderungen der Rückkehr zum deutschen Vaterland, nach Abhaltung freier Wahlen und des Sturzes der Ulbricht-Grothe-wohl-Regierung, die das Denken der Massen beherrschten. Schon das Vorantragen schwarz-rot-goldener Fahnen und die Befreiung der politischen Gefangenen waren Fanale für die Zielsetzung des Aufstandes. Mit einem Aufatmen der Erleichterung stellte die Presse des westlichen Auslandes auch fest, daß die Bevölkerung Mitteldeutschlands sich von der kommunistischen Propaganda völlig frei gehalten hat und sich dem Westen zugehörig fühlt.

Über die Folgerungen aber, welche die Westmächte aus diesen Erkenntnissen zu ziehen gedenken, herrscht weniger Klarheit. Nur eines ist sicher: das Tempo der Beschußfassung über das Deutsch-

landproblem ist durch die Ereignisse in Ost-Berlin und Mitteldeutschland nicht beschleunigt worden. Die Bermuda-Konferenz mußte wegen der auch weltpolitisch bedauerlichen Erkrankung Churchills verschoben werden. Eine Besprechung der drei Außenminister in Washington hat zu einer Einladung an Molotow zu einer Außenminister-Konferenz geführt, die auch im Fall der Annahme durch Moskau nicht vor Ende September stattfinden wird.

Daß die dramatischen Ereignisse des 16. und 17. Juni in Westdeutschland höhere Wellen haben entstehen lassen, nimmt nicht Wunder. Es waren ja nicht nur Landsleute, deren Not, Verzweiflung und Mut so unmittelbar in der Hauptstadt selbst sich manifestierten. Nur mit Mühe ist am 16. und 17. Juni das Eingreifen Westberliner Demonstrationszüge im östlichen Teil der Stadt verhindert worden. Außerdem aber setzten sich Streiks und Demonstrationen innerhalb der ganzen Zone Wochen hindurch fort; und immer mehr Nachrichten über die blutige Unterdrückung sickerten allmählich nach West-Berlin durch.

Die klare Erkenntnis, daß Mitteldeutschland zu einem brennenden und gefährlichen Problem geworden sei, dessen Lösung bald in Angriff genommen werden müsse, ist Allgemeingut der politischen Kreise Westdeutschlands geworden. Aber an dem Worte «bald» scheiden sich noch die Geister. Beide Richtungen sehen als den einzigen offenstehenden Weg die Anberaumung einer Viererkonferenz an. Aber die Regierungsparteien wollen diese Aussprache erst dann, wenn die Stellung Westdeutschlands außenpolitisch so gesichert sei, daß die taktischen Manöver des Kremls wirkungslos abprallen würden. Die sozialdemokratische Partei dagegen hat noch bei der letzten außenpolitischen Debatte des Bundestages vor dem Schluß der Legislaturperiode den Antrag gestellt, daß sich der Bundestag für sofortige Verhandlungen über eine Viererkonferenz nach der Außenministerkonferenz aussprechen solle. Bundeskanzler Adenauer hat seine ursprünglich ablehnende Haltung gegen eine Konferenz soweit abgemildert, daß er sich jetzt dafür aussprach, wenn auch nur eine geringe Aussicht auf Erfolg bestünde. Optimisten könnten also die Ansicht vertreten, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Richtungen auf die Interpretation der Formel «geringe Aussichten» zusammengeschrumpft seien.

Aber hinter diesem geringen formalistischen Unterschied stehen doch noch verschiedene Konzeptionen über grundlegende Linien der westdeutschen Politik. Soll die Fühlung mit den Sowjets angestrebt werden, nachdem die Integration Westdeutschlands in den westlichen Block durch Inkrafttreten des Generalvertrages und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, vielleicht sogar durch Beitritt zur NATO erfolgt ist? Oder soll über die deutsche Frage, insbesondere über

die Rückgliederung Mitteldeutschlands, verhandelt werden, bevor die westliche Integration durchgeführt ist? Bei der zweiten Alternative müßte der Möglichkeit ins Auge gesehen werden, daß die UdSSR sich nur dann zu Konzessionen bereit finden läßt, wenn das vereinigte Vierzonen-Deutschland zwar in beschränktem Maß wieder aufgerüstet, aber seine Neutralität in irgendeiner Form gesichert würde.

Die Anhänger der sofortigen Einberufung einer Konferenz vertreten die Ansicht, daß der Auftrieb der Ereignisse des 16. und 17. Juni nicht versanden dürfe. Sie machen weiter geltend, daß der Kreml seine Politik der weichen Hand trotz der Aufstände fortsetze und somit seine Verhandlungsbereitschaft weiter bestünde. Aus dem Gang der politischen Entwicklung in Frankreich wird weiterhin die Schlußfolgerung gezogen, daß dort an eine Annahme und Ratifikation des E.V.G.-Vertrages, wenn überhaupt, dann nur in unbestimmter, ferner Zukunft zu denken sei. Es sei daher nicht zu verantworten, den Versuch zu unterlassen, zum mindesten die Sowjets auf die Probe zu stellen, wie ernst es ihnen mit ihrer Politik der Entspannung sei. Im allgemeinen ist der Druck der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere der Heimatvertriebenen, auf baldige Einberufung einer Konferenz im Wachsen begriffen. Einzelne Publizisten weisen von höherer Warte auf die Notwendigkeit einer geplanten Initiative des Westens gegenüber der wohlbedachten politischen Strategie Moskaus hin.

Die Zwiespältigkeit des Bundestages ist zu einem erheblichen Teil auch auf die Zweifel darüber zurückzuführen, von welchen Motiven die russische «Friedensoffensive» getrieben werde: dient sie lediglich dem Zweck, den Verteidigungswillen des Westens aufzuweichen und Zwiespalt im westlichen Lager zu schüren? Oder haben die Sowjets aus irgendwelchen Gründen eine Entspannungsfrist notwendig? Die Hast des parlamentarischen und publizistischen Lebens in Deutschland macht es verständlich, daß die Zeit fehlt, um den Indizien für die Politik des Kremls in dem einen oder anderen Sinne — denn um einen Indizienbeweis kann es sich bei der Vernebelungstaktik Moskaus nur handeln — nachzugehen.

Einen wichtigen Hinweis auf die Absichten des Direktoriums in Moskau ergibt ein Rückblick auf die allgemeine Richtung der russischen Außenpolitik im letzten Jahr. Er zeigt, daß der Entschluß zur Defensive oder Entspannung schon vor längerer Zeit, etwa um die Jahreswende 1951/52, gefaßt worden ist. Den ersten Schritt auf dem neuen Wege stellt die Sowjetnote vom 10. März 1952 mit dem Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland dar. Von der doktrinären Seite her lag der im September veröffentlichten Abhandlung Stalins derselbe Gedanke zugrunde, wenn auch in der abstrusen Theorie des Vernichtungskampfes der kapi-

talistischen Staaten untereinander, dem die Sowjetunion mit Ruhe zusehen könne. Als Leitmotiv der Rede Malenkows vor dem Moskauer Parteikongreß im Oktober 1952 zog sich die Beteuerung des Friedenswillens der UdSSR und der Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderlebens kommunistischer und nichtkommunistischer Staaten hindurch. Dasselbe Thema wurde als eine der ersten Bekundungen des Direktoriums nach Stalins Tod aufgenommen. Diese einheitliche Linie vermindert die Wahrscheinlichkeit eines gewöhnlichen Tricks bei dem Vorgehen Moskaus in der letzten Zeit.

Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht nicht unwichtig, daran zu erinnern, daß das marxistisch-leninistische Dogma zwischen Zeiten der Flut und der Ebbe in der Entwicklung des Kommunismus unterscheidet. In den Zeiten der Flut liegt dem kommunistischen Führer die Pflicht ob, die sich bietenden Gelegenheiten durch schnellen Zugriff auszunutzen; in der widrigen Zeit der Ebbe hat er sich zurückzuhalten. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß das Politbüro die Jahre 1939—1950 als Flut angesehen hat, die Zeit seither aber als Ebbe. Übervorsichtige Gemüter mögen darauf einwenden, gerade dieses Prinzip des «reculer pour mieux sauter» weise auf spätere erneute Angriffsabsichten der Sowjets hin. Der Politiker wird es als seine Pflicht empfinden, die Ernte in die Scheuern zu bringen, und wird abwarten, ob später einmal ein neuer Offensivstoß erfolgt.

Als ein anderes wichtiges Indiz wird es angesehen werden müssen, ob die Sowjetunion ihre Entspannungsaktion nur mit kleinen Mitteln vorwärstreibt, oder ob sie darin erhebliches politisches Kapital investiert. Gewiß sind die den angelsächsischen Mächten bisher gemachten Konzessionen nur auf eine Besserung der Atmosphäre abgestellt: das Ghetto-Leben der Diplomaten in Moskau wird aufgelockert; die russischen Frauen der Botschaftsangestellten erhalten Ausreise-Erlaubnis; die massiven Presseangriffe sind eingestellt worden. Aber darüber hinaus wurde eine umfassende Aktion eingeleitet: die gegenüber der Türkei in früheren Jahren erhobenen provokatorischen Forderungen wurden zurückgezogen; Bulgarien und Rumänien wurden zu versöhnlicher Haltung gegenüber Jugoslawien veranlaßt; nach Belgrad entsandte man wieder einen Botschafter; in Athen versuchte man eine Besserung der Atmosphäre. In Ungarn ist das Steuer um 180 Grad herumgeworfen worden. Auch in Pannunjom kommt der neue Kurs indirekt zum Ausdruck. In der deutschen Sowjetzone wird die Lockerung der Bolschewisierung trotz des Aufstandes aufrechterhalten und erweitert. Vor allem hat Moskau hier das Risiko auf sich genommen, durch die Kursänderung die Loyalität des nun in seiner Existenz erschütterten SED-Apparates aufs schwerste zu gefährden.

Alle diese Maßnahmen sind zu tiefgreifend und zu umfassend, als daß sie sich von heute auf morgen rückgängig machen ließen.

Auch wenn man die Frage nach den Motiven für die neue Politik der Sowjetunion stellt, gelangt man zu demselben Ergebnis. Die wichtigsten Ziele der Sowjetpolitik waren die Heraushaltung Westdeutschlands und einer neu aufgebauten Wehrmacht aus dem Verband der NATO und die Förderung der Meinungsverschiedenheiten unter den Westmächten. Beide Ziele sind ohne sowjetisches Zutun für geraume Zeit erreicht. Ob und wann die E.V.G. in Kraft gesetzt wird, ist unabsehbar. Die gespannte Atmosphäre unter den drei Westmächten bildet den Inhalt unzähliger Leitartikel.

Es müssen also Gründe innenpolitischer Art sein, welche die Sowjetunion trotzdem zu ihrer Entspannungsaktion getrieben haben. Theorien über diese innenpolitischen Motive aufzustellen ist müßig. Es kann ebensogut der Wunsch des Direktoriums sein, die eigene Stellung der einzelnen Mitglieder gegen einander oder gegenüber der Außenwelt zu festigen, wie wirtschaftliche oder rüstungsmäßige Engpässe, die zwingen, außenpolitisch kurz zu treten.

Von Belang ist die Erkenntnis des innenpolitischen Charakters der getroffenen Maßnahmen. Denn die aus diesem Beweggrund gefassten Entschlüsse versprechen längere Dauer, als die aus Gründen außenpolitischer Taktik unternommenen Vorstöße.

Eine solche Analyse der sowjetischen Motive führt also zu dem Schluß, daß der Sowjetregierung auf einer Konferenz Gelegenheit gegeben werden sollte, den Wechsel ihrer Einstellung gegenüber dem Westen unter Beweis zu stellen. Die Ereignisse in Mitteldeutschland unterstreichen die Dringlichkeit dieser Aufgabe. Es hat den Anschein, als ob das dort und auch in der Tschechoslowakei aufgeloderte Feuer auf andere Satellitenstaaten überspringen könnte. Damit würde eine höchst gespannte Weltlage entstehen. Aber auch ohne solche Komplikationen ist mit weitgehenden neuen Vorschlägen des Kremls zu rechnen, um die Regierungen der Westmächte und insbesondere Westdeutschlands durch Appell an die Massen an den Konferenztisch zu zwingen. Im Gebiet der Bundesrepublik überwiegt schon jetzt die Strömung, welche die Rückgliederung der Sowjetzone als erste Aufgabe der Bonner Regierung verlangt. Durch die bisherige zögernde Taktik der Westmächte gerät die Stellung des Bundeskanzlers Adenauer in ernste Gefahr. Aber nicht nur aus diesem Grunde wäre es geboten, daß die alliierten Mächte sich das Gesetz des Handelns nicht von Moskau aufdrängen ließen, sondern selbst die Initiative ergriffen.